Nummer 367

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 76. Jahrgang. Sonnabend, 9. August 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten sowie Aktuelle Fragen aus dem Wirtschaftsrecht. Für Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage, „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Lüg er. Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Eberhard Brenner. Inseratenteil: i. V.: H. Lorenz, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2460 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2440, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespalt. Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monatl. 6 Rmk. ohne Bestellgeld einschl. Rmk. 0,06 Postzeitungsgebühr (§ 8 U. St. G.). Die Zeitung erscheint i. d. Woche zweimal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle u. alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband od. Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich u. Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1930 für Amerika 7,50 $. Frankreich 155 franz. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweiz. Franken, Holland 16 holl. Gulden, Dänemark 22 dän. Kronen, Schweden 27 schwed. Kronen, Norwegen 28 norweg. Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 span. Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Große Programmrede des Reichskanzlers.

Weltwirtschaftskrise und Paneuropaplan. — Deutschlands Antwort an Briand. — Reform des deutschen Parlamentarismus. — Die Aufgaben des Wählers und des neuen Reichstages.

Köln, 8. August.

Reichskanzler Dr. Brüning hielt in einer Versammlung des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei heute nachmittag eine programmatische Rede, in der er zunächst dem rheinischen Volke noch einmal danke für seine Zähigkeit und Opferwilligkeit, ohne die eine erfolgreiche Räumungspolitik nicht durchzuführen gewesen wäre, und des verstorbenen Reichsaußenministers Dr. Stresemann in warmen Worten gedachte. Weiter führte der Reichskanzler dann u. a. aus:

„Es ist auch meine Pflicht, bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern und es nicht zu vergessen, daß die uns vertraglich gemachten Zusicherungen auf rechtzeitige und pünktliche Räumung tatsächlich von den Besatzungsmächten eingehalten worden sind. Inzwischen ist die Geschichte sehr schnell weitergegangen. Inmitten aller wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, in denen Deutschland, in denen die Welt steht, ist es sicherlich von Bedeutung und zeugt es von einem guten Instinkte, daß in diesem Augenblick von dem französischen Staatsmann Briand gedacht worden ist an

die Einrichtung einer Ordnung für Europa,

einer Ordnung, von welcher Seite auch Vorschläge nach dieser Richtung hin kommen mögen. Und Sie haben auch aus unserer Antwort eines klar entnommen, daß mir der Ansicht sind, daß die wirtschaftliche Ordnung von allergrößter Bedeutung ist für die zukünftige Entwicklung Europas angesichts der ungeheuren Wirtschaftskatastrophe, die über die Welt hereingebrochen ist. Aber wir haben auch eines deutlich ausgesprochen: diese Ordnung auch der wirtschaftlichen Dinge läßt sich nicht allein erreichen und erzielen durch wirtschaftliche Vereinbarungen, sondern wenn man zu einer dauernden Stabilisierung der europäischen wirtschaftlichen Verhältnisse kommen will,

dann ist eine politische Stabilisierung unbedingt oder zum mindesten gleichzeitig notwendig. Wir sind der Ansicht, daß für die gegenwärtige wirtschaftliche Krise nicht nur wirtschaftliche Umstände die Ursache sind, sondern daß an dieser Entwicklung auch die heutige politische Gestaltung nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt in gleichem Maße die Schuld tragen,

Und wir glaubten in der Antwort auf eine Anfrage des französischen Herrn Außenministers es für unsere Pflicht ansehen zu müssen, dieses einmal in aller Rücksicht auf die politischen Umstände und Verträge in einem Augenblick, der geschichtlich werden kann, aussprechen zu müssen. Wir sind der Ueberzeugung, daß wir damit das richtige getroffen haben. Denn wenn überall der Wille zur Kooperation in der Menschheit um sich greift, einer aus der Not und aus der bitteren Einsicht erzwungenen Kooperation auf wirtschaftlichem Gebiet, dann sind wir der Ansicht,

daß man an alle Bürgeln und an alle Grundübel der augenblicklichen Zustände herangehen muß und auch das aussprechen darf, was auszusprechen immer das Recht einer freien Nation sein soll. (Sehr richtig!) Diese Krise, in der sich seit Monaten die gesamte Weltwirtschaft befindet, kommt nicht von ungefähr, sie war bis zu einem gewissen Grade vorauszusehen." Der Reichskanzler wies dann darauf hin, daß die Zentrumsfraktion des Reichstages mit der Annahme des Youngplanes gleichzeitig die Finanzreform und auch eine Wirtschaftsreform gefordert habe. Die Entwicklung habe für die Richtigkeit dieser Politik einen klassischen Beweis geliefert. „Diese Weltwirtschaftskrise ist eine Krise, von der man annehmen muß, daß sie von längerer Dauer ist, eine Krise, die mit der Zerrüttung der politischen Verhältnisse in der ganzen Welt zusammenhängt, und es ist eine Krise ganz gewiß, die neben der Frage der Goldproduktion schließlich begründet ist auch in dem Umstande, daß nach großen Kriegen nach einer gewissen Zeit immer eine gewaltige Krise in der ganzen Welt eintritt. Die Wirtschaft der ganzen Welt muß sich **darauf einstellen, daß die Preisentwicklung langsam die Tendenz hat, auf das Vorkriegsniveau zurückzugehen.**

Diese Krise bringt nicht nur schwere wirtschaftliche, schwere soziale Umwälzungen, sondern auch die stärksten politischen Gefahren mit sich.

Das Schwierige, in dem wir stehen, ist, daß wir alles, was wir an Reformen auf dem Gebiet der Finanzen aller öffentlichen Körperschaften, auf dem Gebiet der Reformen der Wirtschaft und der Verwaltung an den vergangenen Jahren aufgebauen haben, im Augenblick des größten Tiefstandes der Weltwirtschaft mit einem Male nachholen müssen.

Mit der Sucht und dem Kampf um die Erhaltung der Popularität kann man nicht ein Volk retten. Man kann es nur retten, wenn man den Mut hat, auch in schwerster Stunde die Verantwortung auf sich zu nehmen. Ich bin der Ueberzeugung, daß es gelingen wird, und daß es gelingen muß, das, was der Herr Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung durch die Notverordnungen verkündet hat, durchzuführen.

Alles dies ist so nur eine Vorstufe für die Arbeiten, die jetzt begonnen sind, und die der Reichstag im Herbst verabschieden muß. Ich bin überzeugt, daß es gelingen wird, eine Mehrheit dafür im nächsten Reichstag zu gewinnen. Denn ich kann mir nicht gut vorstellen, daß ernsthafte Parteien es wagen werden, beispielsweise die Reform der Gemeindefinanzen, die Schaffung neuer Einnahmen für die Gemeinden, durch die die Gemeinden allein in die Lage versetzt werden, die Wohlfahrtsunterstützungen in den nächsten Monaten aufzubringen, nachträglich wieder aufzuheben. Ich bin der Ueberzeugung, daß bei diesen Wahlen der Instinkt des Volkes sich freimachen wird von allen parteipolitischen Agitation, daß er sich durchsetzen wird, und daß er dafür sorgen wird, daß ein wirklich arbeitsfähiger Reichstag am 14. September gewählt wird. Vor jeden Wähler müßte am Tage der Wahl ein Plakat geheftet werden, das etwa folgende Fragen enthielte: „Willst Du sparen oder willst Du nicht sparen? Wenn Du sparen willst, wähle eine Partei, die Dir dafür die Garantie gibt, weil nur so Deutschland gerettet werden kann! Willst Du nicht sparen, dann verzichtest Du auf Deutschlands Rettung." Es ist notwendig, daß Ländern und Gemeinden eine klare Aufgabenscheidung zuteil wird, und auch die möglichst unabhängige Verfügung über eigene Einnahmen. Nur wenn in jedem Gemeinde jeder Staatsbürger merkt, daß eine sparsame Politik getrieben wird oder nicht, kommen wir

zu der eisernen Sparsamkeit, die für die Sanierung unserer Gemeindefinanzen unbedingt notwendig ist.

Wenn wir heute nach mancher Beziehung in der Senkung der Zinslasten noch nicht soweit gekommen sind, wie es an sich möglich wäre, so ist dies zu einem Teil darauf zurückzuführen, daß die großen Gemeinden eine ungeheure Last von schwebenden Schulden im Zuge gleichzeitig mit einem weitsichtigen, aber realisierbaren Sparprogramm für Reich, Länder und Gemeinden. Dieses Sparprogramm ist nicht durchgeführt worden, wenn nicht Reformarbeiten geschaffen werden auf dem Gebiete der Verwaltung, und auch Mißstände in der parlamentarischen Erledigung des Etats und der Ausgabenanträge beseitigt werden. Man darf nicht davor zurückschrecken, an das Problem Reich und Länder heranzugehen, zum mindesten in dem Sinne, daß die Doppelarbeit und der Leerlauf der Verwaltung bei Reich und Ländern beseitigt werden. Das andere ist

die Frage der Parlamentsreform.

Es wird heute in gewissen Blättern der Sozialdemokratie und anderen viel von Verfassungsbruch und von Diktatur und ähnlichen Dingen geredet. Diese Agitation ist deshalb so gefährlich, weil man sich doch darüber klar sein muß, **daß das Treiben absolut unverantwortlicher, nihilistischer radikaler Kreise durch die Ohnmacht des Parlaments in den vergangenen Monaten so stark geworden ist.** Wir, die Zentrumspartei, haben zweifellos ein Interesse daran, eine Konsolidierung aller der Gruppen zu sehen, die mit Verantwortungsbewußtsein dem Staat gegenüberstehen wollen. Zum Wesen der Partei gehört es und damit auch zum Wesen des Parlamentarismus, daß die Parteien in der Lage sind, einen Teil der Spannungen, die nun einmal zwischen den verschiedenen Interessen bestehen, in sich selbst vorher schon auszugleichen. Es ist unmöglich, daß allzu viele kleine Gruppen im Reichstag die Politik maßgebend bestimmen können. Auch ohne Verfassungsänderung kann der Reichstag durch seine Geschäftsordnung oder durch andere Maßnahmen sich mehr geht darum, nicht gegen das Parlament zu arbeiten, sondern für das Parlament. Und wenn wir den Kampf aufgenommen haben, und wenn der Reichstag aufgelöst ist, wenn der Artikel 48 angewendet wurde, dann sage ich hier ganz klar und deutlich:

Das ist kein Kampf gegen das Parlament, sondern das ist ein Kampf um die Rettung des Parlaments! Denn das ist sicher: Auf die Dauer läßt sich kein Volk in seiner Mehrheit ein parlamentarisches Paktieren gefallen, das Lebensentscheidungen abhängig macht von dem Spiel der Unterhändler, auf welche Partei, auf welche Person man jeweils in einem entscheidenden Augenblick der Unpopularität nicht vermeidbare Beschlüsse abwälzen kann. Eine Regierung, die verantwortlich ist auch für diese Dinge, die nicht den Mut hat, dem Volke ganz klar die Alternative aufzuzwingen und diese Mängel des Parlamentarismus aufzuzeigen und das Volk zur Entscheidung aufzurufen, eine solche Regierung würde ein Volk dann langsam selbst vorbereiten für Experimente, die ich gar nicht näher bezeichnen will, die hier und da schon seit dem vergangenen Jahre in manchen Köpfen spuken.

General Reinhardt †.

General a. D. Walter Reinhardt, der letzte preußische Kriegsminister und erste Chef der Heeresleitung der Reichswehr, ist gestern nachmittag in Berlin nach schwerem Leiden im 59. Lebensjahr gestorben.

General Reinhardt wurde am 24. März 1872 in Stuttgart als Sohn des späteren Generalmajors a. D. Reinhardt geboren. Er wurde im preußischen Kadettenkorps erzogen und trat im Februar 1891 als Leutnant in das Württembergische Grenadierregiment Nr. 119 ein. Bei Kriegsausbruch rückte er, seit 1910 Major, als Generalstabsoffizier mit dem Generalkommando des 13. Armeekorps ins Feld. Im Januar 1915 wurde er dort Chef des Stabes. Im Juni 1916 übernahm er für einige Zeit die Führung des hessischen Infanterieregiments Nr. 118 vor Verdun, im Herbst 1916 wurde er Chef des Stabes der 2., später der 7. Armee. Im August 1918 wurde er zum Oberst befördert und am 3. November kam er als Departementsdirektor ins Preußische Kriegsministerium, wo er die Demobilmachung leitete. Am 3. Januar 1919 übernahm Reinhardt nach dem Rücktritt des Generals Scheuch die Leitung des Kriegsministeriums. Nach der Auflösung dieses Ministeriums im Herbst 1919 wurde er als Generalmajor der erste Chef der Heeresleitung des neuen Heeres. Als mit der Bildung der endgültigen Reichswehr die sogenannte Brigade Döberitz, deren Organisator und Führer er bis zum August 1920 war, aufgelöst wurde, trat Reinhardt an die Spitze der fünften Division und wurde gleichzeitig zum württembergischen Landeskommandanten ernannt. Zum 1. Januar 1926 erfolgte seine Ernennung zum Oberbefehlshaber der Gruppe 2 (Kassel). Am 31. Oktober 1927 trat Reinhardt in den Ruhestand. General Reinhardt war seit 1900 mit Luise Fürbringer, Tochter des gebeimen Medizinalrats Professor Fürbringer-Berlin verheiratet. Im Februar 1920 verlor er seine Gattin. Aus der Ehe gingen drei Töchter hervor.

*

Wir werden der Persönlichkeit des Verstorbenen im heutigen Abendblatt eine ausführliche Würdigung widmen.

haben, und daß der Zinsfüße zahlen, die das Zinsniveau in Deutschland für die Wirtschaft und für die produktive Unternehmung künstlich herausdrücken. Ich erwähne das, um zu zeigen, daß das erste, was wir machen müssen, nachdem wir den Gemeinden ermöglicht haben, ohne sinnlose Erhöhung der Realsteuern ihre schweren sozialen Lasten abzudecken, im nächsten Winter und im nächsten Herbst durch die neuen Steuern das Problem der Gemeindesanierung in bezug auf die Konsolidierung der schwebenden Schulden im Interesse der Senkung des Zinsfußes eine der vordringlichsten Aufgaben ist.

Darüber hinaus müssen Garantien geschaffen werden, daß ein neues Ausufern einer ungedeckten Ausgabenwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in Zukunft nicht mehr möglich ist.

Noch nicht haben wir das voraussichtliche Defizit der Eisenbahn gedeckt, was aller Wahrscheinlichkeit nach sich auf 500 Millionen Mark in diesem Jahre belaufen wird. Noch nicht haben wir durchgesetzt: ein auf Jahre gültiges klares, aber auch realisierbares Bauprogramm. Die Aufgabe muß sein: **durch ein sorgfältig abgewogenes Finanzierungssystem — auch im Interesse der Vermeidung von Krisenschwankungen bei der Bauarbeiterschaft — ein Bauprogramm gleichmäßig auf bestimmte Jahre billigst zu finanzieren und durchzuführen,** mit dem Ziele, die Behebung der Wohnungsnot unter nicht allzu strenger Steigerung der Mietsätzen, und damit der Mietskosten, bis zu einem bestimmten Termin durchzuführen.

Denn ewig kann man die Wohnungszwangswirtschaft ohne schwere Schäden nicht durchführen.

Alles das sind Dinge — auch mit Rücksicht auf die Hauszinssteuer —, die einheitlich aufgefaßt werden müssen, Selbstdisziplin auferlegen. Weshalb können nicht durch Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages alle neuen Ausgabenanträge verkoppelt werden mit der Etatsberatung und auf diese Zeit konzentriert werden? Wenn dann der Reichstag vor der Notwendigkeit steht, in einer einzigen Maßnahme Ausgaben zu bewilligen, aber dafür auch gleichzeitig die notwendigen Einnahmen zu sichern, daß führt dann einmal dauernd zu einer soliden Finanzwirtschaft, zweitens aber auch automatisch zur Neigung zur Sparsamkeit seitens des Parlaments.

Das Parlament hat es überhaupt in der Hand, ob es für eine Regierung notwendig ist, dem Herrn Reichspräsidenten die Anwendung des Artikels 48 vorzuschlagen.

Ruhe in der Beurteilung der jeweiligen Situation, Ruhe in der Fraktion, sichere Fraktionsführung, stärkere Zusammenfassung, größere Parteien, starkes Verantwortlichkeitsgefühl, rechtzeitig auch das Unpopuläre zu tun, dann ist die Anwendung des Artikels 48 für alle Zeiten überflüssig. Aber solange das nicht der Fall ist, wird es, das ist meine feste Ueberzeugung, das deutsche Volk lieber sehen, daß zu seiner Rettung in entscheidenster Stunde der Herr Reichspräsident von seinen verfassungsmäßigen Vollmachten Gebrauch macht, als daß es sich ausliefert einem monatelangen Verhandeln von Parteien, die schließlich an Quisquilien scheitern, und damit die Zukunft selbst zu einer Katastrophe führen. Dafür glaube ich, ist der Instinkt im Volke reif, daß endlich eine Sanierung durchgeführt werden muß und daß diese Sanierung deswegen jetzt durchgeführt werden mußte, damit die Zeit und die Arbeitsruhe geschaffen wird, um überall in den öffentlichen Körperschaften nach der finanziellen und nach der verwaltungsmäßigen Seite Ordnung zu schaffen. Es

Kulturabbau?

Von

Hadubrand.

Herr Dr. Höpker-Aschoff, der preußische Finanzminister, schätzt den Ausfall der Staatseinnahmen für das Jahr 1931 auf 85 Millionen Mark. Da aus dem Geschäftsjahre 1929 noch ein Defizit von 17,6 Millionen Mark läuft, hat er ein Sparprogramm aufgestellt, das eine Senkung der Ausgaben von 100 Millionen Mark vorsieht. „Zweckmäßig wird dieser Betrag auf die Ressorts nach den Verhältnissen ihres Zuschußbedarfs umgelegt werden", heißt es in den Richtlinien für die Aufstellung des nächstjährigen Staatshaushaltplanes. Diese Feststellung wird durch die Angabe der von den einzelnen Ressorts zu ersparenden Summen ergänzt. Man liest da unter anderem, daß der Zuschußbedarf des Staatsministeriums um 0,06 Millionen, des Finanzministeriums um 7,1 Millionen, der Justiz um 12 Millionen Mark verkürzt werden soll. Der Landtag soll eine Einschränkung von 0,4 Millionen Mark erfahren, dem Etat des Kultusministeriums sollen nicht weniger als 51,7 Millionen Mark gestrichen werden! Das ist eine Summe, die zu den übrigen Vorschlägen in keinem Verhältnis steht. Gerade für das Rubrum „Wissenschaft" gibt Höpker-Aschoff in seinem Programm nähere Angaben, wie er sich die Ersparnisse denkt. Er will, ohne dabei einen Abbau zu beabsichtigen, innerhalb der nächsten drei Jahre 10 000 Volksschullehrerstellen eingezogen wissen, und zwar durch Zusammenlegung von Schulen und Klassen; eine ebenfalls Zusammenlegung von Klassen schlägt er für die höhere Schule vor, die er außerdem in einen abjustigen Lehrgang umgewandelt wissen möchte! Er glaubt auf Grund der Tatsache des Geburtenrückgangs und damit verbundenen Schülerrückgangs noch dem Kriege sich zu derartigen Vorschlägen berechtigt.

Herr Dr. Höpker-Aschoff ist Finanzminister und mag als solcher im Banne der Zahl stehen. Nach dem Maßstabe der Zahl können Kulturerforderungen aber nicht gemessen werden, so berechtigt auch Sparmaßnahmen heute immer-hin sein mögen. Leider haben sich solche Sparmaßnahmen — das gilt für die Städte wie für den Staat — immer zuerst und am stärksten bei dem Kultusetat ausgewirkt und haben wertvolle Reformen auf Schul- und Erziehungsgebieten gehemmt oder gar unmöglich gemacht. Der jetzige Vorschlag des Finanzministers bildet nicht nur eine Hemmung, er veranlaßt eine **Aenderung des ganzen Bildungssystems in rückläufigem Sinne.** Es ist einfach ein Unding, innerhalb von drei Jahren 10 000 preußische Volksschullehrerstellen einsparen zu wollen! Weiß Herr Höpker-Aschoff nicht, daß in manchen preußischen Bezirken bis zu 80 Prozent nur ein- und zweiklassige Volksschulen bestehen? Soll hier auch eine Zusammenlegung der Klassen oder einfach eine Aufhebung derartiger Schulen stattfinden? So etwas darf und kann Eltern wie Kindern unserer Landbevölkerung nicht geboten werden. Damit scheiden die Landschullehrer bei dieser Operation aus. Bleiben die Städte übrig. Eine Zusammenlegung von Klassen ist doch auch nur da denkbar, wo Parallelklassen vorhanden sind. Man kann sich nicht denken, daß Höpker-Aschoff eine Zusammenlegung verschiedener Schülerjahrgänge zu einer Klasse meint. Damit würde er das System der sächsischen Volksschule zerstören und sie zur Dorfschule machen. Unübersehbare Nachwirkungen kultureller und finanzieller Natur würde das nach sich ziehen. Die Zusammenlegung ganzer Schulen ist in unseren Großstädten — fast immer unter dem berechtigten Protest der betreffenden Eltern — schon bis zum äußersten durchgeführt, so daß auch hier nicht mehr allzuviel herauszuholen ist. Gerade in diesem Punkte haben die Städte — das gilt auch für die höheren Lehranstalten —, gegwungen durch die Finanznot, vorgearbeitet.

Ferner soll auf Grund des Sparprogramms die Anstellung der Junglehrer eingedämmt werden. Man wird daher mit dem vorhandenen Material länger auskommen.